

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 1 München, den 30. Januar 2015

Datum	I n h a l t	Seite
13. 1.2015	Satzung der Bayerischen Landesstiftung (BayLStS) 282-2-10-1-F	2
19. 1.2015	Neunte Verordnung zur Änderung der Abfallzuständigkeitsverordnung 2129-2-1-1-U	5
19. 1.2015	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht 454-1-I	6
19.12.2014	Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Sozial- und Kindheitspädagogengesetzes (AVBaySozKipPädG) 800-21-3-1-A	7
20.12.2014	Verordnung zur Änderung der Ausbildungskapazitätsverordnung Forst 2030-1-10-1-L	11
2. 1.2015	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Katastrophenschutzfondsverordnung 215-4-1-1-I	12
8. 1.2015	Fünfte Verordnung zur Änderung der Kunsthochschulregelungsverordnung 2210-3-2-K	13
9. 1.2015	Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung zum Bayerischen Schwangerenberatungsgesetz 2170-2-1-A	14

Der **Fortführungsnachweis zur Bayerischen Rechtssammlung** (Stand: 1.1.2014) ist im Internet auf der zentralen Verkündungsplattform Bayern beim Jahr 2013 veröffentlicht

(<https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/2013/00/gvbl-2013-03.pdf>)

und kann für den eigenen Gebrauch kostenlos heruntergeladen, gespeichert und ausgedruckt werden.

Dieser Ausgabe des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblattes liegt die **Inhaltsübersicht für das Jahr 2014** bei.

282-2-10-1-F

Satzung der Bayerischen Landesstiftung (BayLStS)

Vom 13. Januar 2015

Auf Grund des Art. 11 Satz 2 des Gesetzes über die Bayerische Landesstiftung – BayLStG – (BayRS 282-2-10-F), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 312 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Satzung:

Teil 1

Bayerische Landesstiftung

§ 1

Stiftung und das Gesetz über die Bayerische Landesstiftung

(1) Die Bayerische Landesstiftung ist eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit Sitz in München.

(2) ¹Die Bestimmungen des Gesetzes über die Bayerische Landesstiftung (BayLStG) sind für die Stiftung unmittelbar anzuwenden und im Zweifel vorrangig gegenüber den nachfolgenden ergänzenden Bestimmungen. ²Das Gesetz über die Bayerische Landesstiftung ist zugleich Bestandteil dieser Satzung.

Teil 2

Ergänzende Bestimmungen zum Gesetz über die Bayerische Landesstiftung

§ 2

Stiftungszweck, Gemeinnützigkeit

¹Stiftungszweck ist die Förderung von Kunst, Kultur und sozialen Angelegenheiten durch die Beschaffung von Mitteln im Sinn des § 58 Nr. 1 der Abgabenordnung (AO). ²Die Stiftung verwirklicht ihn insbesondere durch die Förderung von baulichen Maßnahmen in den Bereichen Kunst, Kultur und Denkmalschutz sowie der Jugend-, Alten- und Behindertenhilfe. ³Die Stiftung verfolgt in diesem Rahmen ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke im Sinn des Zweiten Teils Dritter Abschnitt AO. ⁴Sie ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 3

Stiftungsmittel

(1) ¹Bei der Vergabe von Fördermitteln finden Art. 44 Abs. 1 Sätze 2 und 3 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) Anwendung. ²Zuständige Dienststelle im Sinn dieser Vorschriften ist die Stiftung.

(2) ¹Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Stiftungszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden. ²Die Stiftungsmittel dürfen nur für satzungsmäßige Zwecke verwendet werden. ³Die Mitglieder der Stiftungsorgane erhalten keine Zuwendungen aus Stiftungsmitteln.

§ 4

Stiftungsvermögen

Es dürfen Rücklagen gebildet werden, um das Stiftungsvermögen in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten und den Stiftungszweck nachhaltig zu fördern.

§ 5

Stiftungsvorstand

(1) ¹Das vorsitzende Mitglied beruft die Sitzungen des Vorstands ein und leitet sie. ²Im Übrigen regelt der Vorstand den Geschäftsgang und die Geschäftsverteilung in einer Geschäftsordnung, die der Zustimmung des Stiftungsrats bedarf.

(2) Jedes Vorstandsmitglied ist für die Stiftung jeweils einzeln passiv vertretungsberechtigt.

(3) ¹Die Tätigkeiten des Stiftungsvorstands sind grundsätzlich ehrenamtlich. ²Der Stiftungsrat kann zur Abgeltung persönlicher Auslagen angemessene Pauschalbeträge sowie pauschale Tätigkeitsvergütungen für Mitglieder des Vorstands festlegen.

§ 6

Stiftungsrat

(1) ¹Die in Art. 8 Abs. 2 Nrn. 1 und 2 BayLStG

genannten Stiftungsratsmitglieder bestimmen ihre Stellvertreter jeweils selbst. ²Die übrigen Stellvertreter werden entsprechend Art. 8 Abs. 3 bis 5 BayLStG bestellt.

(2) Der Stiftungsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse zur Vorbereitung von Entscheidungen bilden.

(3) § 5 Abs. 3 ist im Rahmen des Art. 8 Abs. 9 BayLStG entsprechend anzuwenden.

§ 7

Geschäftsgang des Stiftungsrats

(1) ¹Der Stiftungsrat tritt auf Einladung des vorsitzenden Mitglieds oder, im Fall seiner Verhinderung, des stellvertretenden vorsitzenden Mitglieds zusammen. ²Er muss einberufen werden, wenn mindestens fünf seiner Mitglieder dies unter Angabe des Verhandlungsgegenstands beantragen.

(2) ¹Der Einladung ist eine Tagesordnung beizufügen, die den Mitgliedern spätestens eine Woche vor der Sitzung zugehen soll. ²Über die Sitzung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom vorsitzenden Mitglied und dem vom Stiftungsrat bestimmten Schriftführer zu unterzeichnen ist. ³Zur Fertigung der Niederschrift können Hilfskräfte beigezogen werden.

(3) Der Stiftungsrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.

(4) ¹Ein Mitglied des Stiftungsrats darf an der Beratung und Beschlussfassung nicht mitwirken, wenn die Entscheidung ihm selbst, seinem Ehegatten, seinen Verwandten bis zum dritten oder Verschwägerten bis zum zweiten Grad oder einer von ihm kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person einen unmittelbaren Vor- oder Nachteil bringen kann. ²Im Zweifel entscheidet der Stiftungsrat unter Ausschluss des betreffenden Mitglieds. ³Die Mitwirkung eines wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossenen Mitglieds hat die Ungültigkeit des Beschlusses zur Folge, wenn sie für das Abstimmungsergebnis entscheidend war.

(5) ¹Der Stiftungsrat kann die Anwesenheit der Mitglieder des Vorstands und die Erteilung von Auskünften verlangen. ²Die Mitglieder des Vorstands sowie ein Vertreter der Aufsichtsbehörde haben das Recht, an den Sitzungen des Stiftungsrats mit beratender Stimme teilzunehmen. ³Abs. 4 gilt entsprechend.

(6) Der Stiftungsrat soll vor der Entscheidung über Anträge auf Zuwendung von Fördermitteln eine Stellungnahme des für das zu fördernde Vorhaben zuständigen Staatsministeriums einholen.

(7) Der Stiftungsrat kann sich eine Geschäftsordnung geben.

§ 8

Aufgaben des Stiftungsrats

(1) Der Stiftungsrat beschließt insbesondere über

1. die Aufstellung des Haushalts- und Wirtschaftsplans, der Stiftungsrechnung und der Vermögensübersicht,
2. die Entlastung des Vorstands,
3. die Bestimmung des Abschlussprüfers für die Stiftungsrechnung,
4. die Wahl eines weiteren stellvertretenden vorsitzenden Mitglieds des Stiftungsrats,
5. die Bildung von Ausschüssen des Stiftungsrats,
6. den Erlass von Richtlinien für die Geschäftsführung, die Verwaltung des Stiftungsvermögens und die Vergabe von Fördermitteln der Stiftung; Art. 44 Abs. 1 Satz 4 BayHO gilt mit der Maßgabe, dass entsprechende Richtlinien das Einvernehmen des für Finanzen zuständigen Staatsministeriums bedürfen,
7. die Einstellung von Arbeitnehmern ab Entgeltgruppe 13 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L).

(2) Der Zustimmung des Stiftungsrats bedarf der Stiftungsvorstand für

1. die Aufstellung und Änderung seiner Geschäftsordnung,
2. die Aufstellung und Veröffentlichung des Jahresberichts über die Tätigkeit der Stiftung,
3. Umschichtungen im Vermögen der Stiftung, wenn sie von den Vorgaben des Stiftungsrats abweichen, und
4. die Einstellung von Arbeitnehmern der Stiftung ab Entgeltgruppe 9 TV-L; Abs. 1 Nr. 7 bleibt unberührt.

§ 9

Haushalts- und Wirtschaftsführung

(1) Der Haushaltsplan ist der Aufsichtsbehörde einen Monat vor Beginn des neuen Geschäftsjahres vorzulegen.

(2) Die Stiftungsrechnung ist durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zu prüfen, deren Prüfbericht der Aufsichtsbehörde zeitgleich zur Stiftungsrechnung vorzulegen ist.

(3) Es gelten die Rechtsvorschriften des Freistaats

tes Bayern über das Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen entsprechend.

§ 10

Beschäftigte der Stiftung

(1) Für die Arbeitnehmer der Stiftung sind die tarifrechtlichen Vorschriften anzuwenden, die für Arbeitnehmer des Freistaates Bayern gelten.

(2) Dienstvorgesetzter der nicht zum Vorstand gehörenden Beamten und Arbeitnehmer der Stiftung ist das vorsitzende Mitglied des Stiftungsvorstands.

§ 11

Heimfall

¹Der Freistaat Bayern erhält bei Auflösung oder Aufhebung der Stiftung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke nicht mehr als seine einbezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert seiner geleisteten Sacheinlagen zurück. ²Bei Aufhebung oder Auflösung der Stiftung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Stiftung, soweit es die eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert der geleisteten Sacheinlagen des Stifters übersteigt, an den Freistaat Bayern, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

Teil 3

Schlussvorschriften

§ 12

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Satzung tritt am 1. Februar 2015 in Kraft.

(2) Mit Ablauf des 31. Januar 2015 tritt die Satzung der Bayerischen Landesstiftung vom 9. Januar 1973 (BayRS 282-2-10-1-F), zuletzt geändert durch Satzung vom 7. Dezember 2010 (GVBl S. 770), außer Kraft.

München, den 13. Januar 2015

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

2129-2-1-1-U

Neunte Verordnung zur Änderung der Abfallzuständigkeitsverordnung

Vom 19. Januar 2015

Auf Grund des Art. 1 Abs. 2 des Zuständigkeitsgesetzes (ZuStG) vom 7. Mai 2013 (GVBl S. 246, BayRS 2015-1-V), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 36 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung zur Übertragung von Zuständigkeiten im Bereich der Abfallentsorgung (Abfallzuständigkeitsverordnung – AbfZustV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. November 2005 (GVBl S. 565, BayRS 2129-2-1-1-U), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. Juni 2013 (GVBl S. 435), wird wie folgt geändert:

1. § 3b wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Regierung der Oberpfalz ist zuständige Behörde für die Genehmigung des Bedarfsplans nach § 1 Abs. 8 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommen-Ausführungsgesetzes (BinSchAbfÜbkAG).“

2. § 4 wird folgender Abs. 3 angefügt:

„(3) Die Kreisverwaltungsbehörde ist zuständige Behörde für den Vollzug des Übereinkommens vom 9. September 1996 über die Sammlung, Abgabe und Annahme von Abfällen in der Rhein- und Binnenschiffahrt (Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommen) sowie des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommen-Ausführungsgesetzes, soweit nichts anderes bestimmt ist.“

3. Es werden folgender neuer § 5 und folgender § 6 eingefügt:

„§ 5

Zuständigkeiten der Wasserschutzpolizei

¹Die Wasserschutzpolizei ist zuständig für die Überwachung der Einhaltung

1. der Verbote, Schiffsabfälle oder Teile der Ladung aus Schiffen in Wasserstraßen einzubringen oder einzuleiten (Art. 2.01 Abs. 1 und 3, Art. 6.01 Abs. 1 und 2, Art. 9.01 Abs. 1, 3 und 4 der Anlage 2 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens); sie ist hierbei auch zuständig beim Freiwerden oder drohenden Freiwerden von Schiffsabfällen (Art. 2.01 Abs. 2, Art. 6.01 Abs. 3, Art. 9.01 Abs. 2 der

Anlage 2 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens),

2. der Gebote und Verbote zur Handhabung von Schiffsabfällen an Bord des Schiffs (Art. 2.02, 9.03 Abs. 1 und 2 der Anlage 2 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens),
3. der Verpflichtungen von Schiffsführern, Bescheinigungen an Bord des Schiffs mitzuführen (Art. 2.03 Abs. 1, Art. 3.04 Abs. 2 Satz 2, Art. 6.03 Abs. 1 und 3 bis 6 der Anlage 2 des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens sowie §§ 1a und 3 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. i BinSchAbfÜbkAG).

²Sie ist im Rahmen ihrer Aufgaben nach Satz 1 befugt, von den in § 1b Abs. 1 Satz 1 BinSchAbfÜbkAG genannten Personen Auskünfte und Unterlagen anzufordern.

§ 6

Ermächtigung

Die Ermächtigung der Staatsregierung, die zur Ausführung und zum Vollzug des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommens und des Binnenschiffahrt-Abfallübereinkommen-Ausführungsgesetzes zuständigen Behörden innerhalb der bestehenden Behördenorganisation durch Rechtsverordnung zu bestimmen, wird auf das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz übertragen.“

4. Der bisherige § 5 wird § 7 und wie folgt geändert:

- a) In der Überschrift wird das Wort „ , Außer-Kraft-Treten“ gestrichen.
- b) Satz 2 wird aufgehoben; die Satznummerierung im bisherigen Satz 1 entfällt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2015 in Kraft.

München, den 19. Januar 2015

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

454-1-I

**Verordnung
zur Änderung der
Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht**

Vom 19. Januar 2015

Auf Grund des § 63a Abs. 3 Satz 2 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Mai 2011 (BGBl I S. 850, 2094), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 2014 (BGBl I S. 2411), in Verbindung mit § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl I S. 602), zuletzt geändert durch Art. 18 des Gesetzes vom 10. Oktober 2013 (BGBl I S. 3786), erlässt die Bayerische Staatsregierung folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht (ZuVOWiG) vom 21. Oktober 1997 (GVBl S. 727, BayRS 454-1-I), zuletzt geändert durch § 2 der Verordnung vom 1. Juli 2014 (GVBl S. 236), wird wie folgt geändert:

1. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Nr. 12 wird der Schlusspunkt durch ein Komma ersetzt.
 - b) Es wird folgende Nr. 13 angefügt:

„13. § 63a Abs. 1 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) in Verbindung mit § 63a Abs. 3 Nr. 2 SGB II.“
2. § 9 wird wie folgt geändert:
 - a) In Abs. 2 werden die Worte „vom 22. Mai 2002 (BGBl I S. 1658)“ gestrichen.
 - b) In Abs. 3 werden die Worte „vom 21. Dezember 2006 (BGBl I S. 3294)“ gestrichen.
3. §§ 11a und 11b werden §§ 12 und 13.
4. Der bisherige § 12 wird aufgehoben.
5. Der bisherige § 13 wird § 14.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2015 in Kraft.

München, den 19. Januar 2015

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

800-21-3-1-A

**Verordnung
zur Ausführung des Bayerischen
Sozial- und Kindheitspädagogengesetzes
(AVBaySozKiPädG)**

Vom 19. Dezember 2014

Auf Grund von Art. 5 Satz 2 und Art. 6 des Bayerischen Gesetzes über das Führen der Berufsbezeichnungen „Staatlich anerkannte Sozialpädagogin“ oder „Staatlich anerkannter Sozialpädagoge“ und „Staatlich anerkannte Kindheitspädagogin“ oder „Staatlich anerkannter Kindheitspädagoge“ (Bayerisches Sozial- und Kindheitspädagogengesetz – BaySozKiPädG) vom 24. Juli 2013 (GVBl S. 439, 446, BayRS 800-21-3-A), geändert durch § 1 Nr. 411 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration folgende Verordnung:

1. Abschnitt

Studiengänge

§ 1

Prüfung der Studiengänge

(1) ¹Das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Staatsministerium) stellt auf Antrag der Hochschule fest, ob ein Studiengang die Voraussetzungen nach Art. 1 Abs. 2 Satz 1 oder Art. 2 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Sozial- und Kindheitspädagogengesetzes (BaySozKiPädG) erfüllt. ²Die Feststellung kann auch für die Vergangenheit erfolgen.

(2) ¹Dem Antrag nach Abs. 1 sind beizufügen:

1. eine Dokumentation des Studiengangs, die folgende Angaben enthalten muss:
 - a) Grunddaten des Studiengangs
 - b) Beschreibung der Qualifikationsziele und des Studiengangskonzepts
 - c) Musterstudienplan
 - d) Angaben zum Anforderungsprofil der Hochschule an die Lehrenden
 - e) Angaben zur personellen und sachlichen Ausstattung sowie die Studien- und Prüfungsordnung, das Modulhandbuch, die Arbeitsbelastungsberechnung und Regelungen für die Absolvierung des Praktikumssemesters
2. gegebenenfalls folgende weitere Unterlagen:

- a) Gutachten der vorherigen Akkreditierung, Akkreditierungsbeschluss, Akkreditierungsurkunde, Schreiben der Akkreditierungsagentur zur Feststellung der Auflagenerfüllung,
- b) das Einvernehmen nach Art. 57 Abs. 3 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) oder die staatliche Anerkennung nach Art. 76 Abs. 1 BayHSchG.

²Die Unterlagen sollen einen Monat nach Antragstellung übermittelt werden. ³Sofern eine Vor-Ort-Begehung nach Abs. 3 erfolgt, sollen die Unterlagen spätestens einen Monat zuvor vorliegen.

(3) ¹Das Staatsministerium kann in Abstimmung mit der Hochschule einen Termin für eine Vor-Ort-Begehung festlegen oder ein schriftliches Verfahren durchführen. ²Die Hochschule stellt sicher, dass im Rahmen der Vor-Ort-Begehung Gespräche geführt werden können mit der Hochschulleitung, den Studiengangverantwortlichen, den Verantwortlichen für die praktischen Studiensemester sowie Studierenden. ³Für den Fall einer zum Zeitpunkt der Antragstellung geplanten oder laufenden Programmakkreditierung wirkt die Hochschule gegenüber der Akkreditierungsagentur darauf hin, dass die Vor-Ort-Begehung zusammen mit der Vor-Ort-Begehung der Programmakkreditierung erfolgt.

(4) Hat das Staatsministerium festgestellt, dass ein Studiengang die Voraussetzungen erfüllt, so kann zusätzlich im Hochschulzeugnis folgender Vermerk aufgenommen werden:

1. bei Art. 1 Abs. 2 Satz 1 BaySozKiPädG:

„Aufgrund des erreichten Studienabschlusses darf die Absolventin oder der Absolvent die Berufsbezeichnung Staatlich anerkannte Sozialpädagogin oder Staatlich anerkannter Sozialpädagoge nach Maßgabe des Art. 1 Abs. 1 BaySozKiPädG führen.“

oder

2. bei Art. 2 Abs. 2 Satz 1 BaySozKiPädG:

„Aufgrund des erreichten Studienabschlusses darf die Absolventin oder der Absolvent die Berufsbezeichnung Staatlich anerkannte Kindheitspädagogin oder Staatlich anerkannter Kindheitspädagoge nach Maßgabe des Art. 2 Abs. 1 BaySozKiPädG führen.“

2. Abschnitt

Ausländische Abschlüsse

§ 2

Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit des Studienabschlusses

(1) Für das Verfahren zur Feststellung der Gleichwertigkeit des Studienabschlusses gelten die Vorschriften des Teils 2 Abschnitt 2 des Bayerischen Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes (BayBQFG).

(2) ¹Mit der Antragstellung sind die in Art. 12 BayBQFG genannten Unterlagen vorzulegen. ²Es ist zu erklären, ob und bei welcher Stelle bereits ein Antrag auf Feststellung der Gleichwertigkeit gestellt wurde und ob gegebenenfalls bereits ein Bescheid eines anderen Landes erteilt wurde.

§ 3

Verfahren zur Feststellung der Berechtigung zum Führen der Berufsbezeichnung

(1) Für das Verfahren zur Feststellung der fachlichen Qualifikation finden Art. 9 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 sowie Art. 10 und 11 BayBQFG entsprechende Anwendung.

(2) Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat mittels geeigneter Unterlagen nachzuweisen, dass die Voraussetzungen gemäß Art. 3 Abs. 1 bzw. Art. 3 Abs. 2 BaySozKiPädG erfüllt werden.

§ 4

Ausgleichsmaßnahmen

(1) ¹Ausgleichsmaßnahmen nach Art. 11 BayBQFG in den Fällen des Art. 3 BaySozKiPädG werden als Anpassungslehrgang mit Leistungsnachweis oder als Eignungsprüfungen erbracht. ²Ein Anpassungslehrgang umfasst eine oder mehrere der in Abs. 3 beschriebenen Ausbildungseinheiten; für jede Ausbildungseinheit ist ein Leistungsnachweis vorzulegen. ³Eignungsprüfungen haben ebenfalls einheitenbezogen zu erfolgen und müssen einen entsprechenden Nachweis über die Beherrschung eines oder mehrerer der in Abs. 2 oder 3 genannten Ausbildungsinhalte geben. ⁴Ein fehlendes Berufspraktikum kann nicht durch eine Eignungsprüfung ersetzt werden.

(2) Ausgleichsmaßnahmen haben das Ziel, die jeweiligen in den Verfahren nach §§ 2 und 3 festgestellten Defizite in folgenden Bereichen auszugleichen:

1. wesentliche Unterschiede in den Ausbildungsinhalten des absolvierten Studiums gegenüber den Anforderungen nach Art. 1 Abs. 2 Satz 1 oder Art. 2 Abs. 2 Satz 1 BaySozKiPädG hinsichtlich

a) der vermittelten wissenschaftlichen Grundlagen und der sozialarbeiterischen und -pädagogischen sowie anwendungsorientierten pädagogischen, psychologischen, ökonomischen, soziologischen und organisatorischen Kenntnisse,

b) des vermittelten Problemverständnisses, des Bewusstseins für den umfassenden fachübergreifenden Zusammenhang und der vermittelten beruflichen Ethik von sozialer Arbeit sowie

c) der vermittelten verwaltungsbezogenen und rechtlichen Kenntnisse;

2. fehlendes Berufspraktikum im Umfang von mindestens 100 Tagen oder wesentliche Unterschiede hinsichtlich der Ausgestaltung des Berufspraktikums oder

3. Fehlen der zur Berufsausübung erforderlichen Kenntnisse der deutschen Sprache.

(3) Hinsichtlich des Berufs der Staatlich anerkannten Sozialpädagogin oder des Staatlich anerkannten Sozialpädagogen sind entsprechend den in den Verfahren nach §§ 2 und 3 getroffenen Feststellungen Ausgleichsmaßnahmen zu einem oder mehreren der folgenden Ausbildungseinheiten zu absolvieren:

1. bezugswissenschaftliche, insbesondere pädagogische, psychologische, ökonomische, soziologische und organisationswissenschaftliche Studien,

2. Erwerb von kritischem Problemverständnis und Bewusstsein für den umfassenden fachübergreifenden Zusammenhang sowie Vermittlung der Standards zur beruflichen Ethik von sozialer Arbeit,

3. administrative und normative Kompetenzen:

a) Grundrechte in Deutschland und Staatsaufbau,

b) Familien-, Kinder- und Jugendhilferecht,

c) Strafrecht einschließlich Jugendstrafrecht,

d) Verwaltungs- und Sozialrecht,

e) Migrationsrecht,

f) Arbeits- und Berufsrecht sowie Berufsethik und

g) institutionelle bzw. organisatorische Rahmenbedingungen,

4. Praxisanteile:

a) im Umfang von mindestens 100 Tagen; je nach Vorerfahrung ist eine Anerkennung möglich,

- b) abzuleisten in kommunalen Jugendämtern oder in anderen anerkannten, fachlich ausgewiesenen Einrichtungen,
 - c) Reflexion des in Theorie und Praxisfeldern erworbenen Wissens unter den Bedingungen angeleiteter Praxis,
5. Sprachkenntnisse auf dem Niveau B2 des Europäischen Referenzrahmens.

(4) Hinsichtlich des Berufs der Staatlich anerkannten Kindheitspädagogin oder des Staatlich anerkannten Kindheitspädagogen sind entsprechend den in den Verfahren nach §§ 2 und 3 getroffenen Feststellungen Ausgleichsmaßnahmen zu einem oder mehreren der folgenden Ausbildungseinheiten zu absolvieren:

1. ergänzende anwendungsorientierte pädagogische, psychologische, ökonomische, soziologische und theologische Studien sowie entsprechende wissenschaftliche Grundlagenkenntnisse,
2. Schärfung eines wissenschaftlich fundierten Verständnisses von Kindheitspädagogik als Profession und Disziplin einschließlich ihrer historischen Bezüge und der in Deutschland geführten Theoriediskussion sowie der landesspezifischen Bildungspläne – Bayerischer Bildungs- und Erziehungsplan (BayBEP), Bayerische Leitlinien für die Bildung und Erziehung von Kindern bis zum Ende der Grundschulzeit (BayBL),
3. administrative und normative Kompetenzen:
 - a) Vermittlung zentraler ethischer und verfassungsrechtlicher Grundlagen sowie eines von der Personalität und Würde des Kindes ausgehenden Werterahmens,
 - b) Familien-, Kinder- und Jugendhilferecht, Sozialrecht,
 - c) Landesspezifische Regelungen und Vorgaben: BayKiBiG, AVBayKiBiG, BayBEP, BayBL,
 - d) Arbeits- und Berufsrecht sowie Berufsethik,
 - e) institutionelle bzw. organisatorische Rahmenbedingungen,
4. Praxisanteile:
 - a) im Umfang von mindestens 100 Tagen, wenn keine einschlägige Berufserfahrung vorliegt,
 - b) an einer sozialpädagogischen Einrichtung, die dem Arbeitsfeld von Kindheitspädagogen entspricht und nach ihrer personellen und sachlichen Ausstattung zur Ausbildung geeignet ist,
 - c) Reflexion des in Theorie und Praxisfeldern

erworbenen Wissens unter den Bedingungen angeleiteter Praxis;

- d) die Praxisanteile werden fachlich und methodisch von den Anbietern begleitet;
 - e) die Praxisstellen kooperieren eng mit den Anbietern,
5. Sprachkenntnisse auf dem Niveau B2 des Europäischen Referenzrahmens.

(5) Die Antragstellerin oder der Antragsteller hat Anspruch auf Beratung darüber, welche Anbieter Ausgleichsmaßnahmen anbieten, die die in § 4 Abs. 1 bis 4 geregelten Voraussetzungen erfüllen.

(6) Nach erfolgreichem Abschluss einer Ausgleichsmaßnahme, deren Erforderlichkeit in einem Verfahren nach § 3 oder 4 festgestellt wurde, kann die Antragstellerin oder der Antragsteller ein Wiederaufgreifen des Verfahrens beantragen oder einen neuen Antrag stellen.

3. Abschnitt

Schlussbestimmungen

§ 5

Zuständigkeit

Sofern in dieser Verordnung nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, ist für den Vollzug des Bayerischen Sozial- und Kindheitspädagogengesetzes und dieser Verordnung das Zentrum Bayern Familie und Soziales zuständig.

§ 6

Inkrafttreten, Außerkrafttreten, Übergangsbestimmung, Evaluierung

(1) Diese Verordnung tritt am 1. März 2015 in Kraft.

(2) ¹Die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen für die Staatliche Anerkennung von Sozialpädagogen und Sozialpädagoginnen vom 24. September 2009 (AllMBl S. 336) tritt mit Ablauf des 28. Februar 2015 außer Kraft. ²Die bis zu diesem Zeitpunkt auf der Grundlage dieser Bekanntmachung ausgesprochenen staatlichen Anerkennungen gelten bis zum Zeitpunkt der Reakkreditierung der Studiengänge bzw. bis zur nächsten Feststellung durch Allgemeinverfügung nach Art. 1 Abs. 2 Satz 2 oder Art. 2 Abs. 2 Satz 2 BaySozKiPädG weiter. ³Für Studienabschlüsse, die bis dahin erworben wurden, können die Hochschulen Bestätigungen zur Berechtigung zur Führung der Berufsbezeichnung erteilen.

(3) Das Staatsministerium wird diese Verordnung

insbesondere hinsichtlich des Berufszugangs der Antragsteller gemäß Art. 3 BaySozKiPädG spätestens zum 31. Dezember 2020 überprüfen.

München, den 19. Dezember 2014

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Soziales, Familie und Integration**

Emilia Müller, Staatsministerin

2030-1-10-1-L

**Verordnung
zur Änderung der
Ausbildungskapazitätsverordnung Forst**

Vom 20. Dezember 2014

Auf Grund des Art. 8 Abs. 1 des Gesetzes über die Zulassung zu den forstlichen Vorbereitungsdiensten in Bayern (Forstzulassungsgesetz – FoZulG) vom 10. Juni 1992 (GVBl S. 150, BayRS 2030-1-10-L), zuletzt geändert durch § 27 des Gesetzes vom 20. Dezember 2011 (GVBl S. 689), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über die Ausbildungskapazität der Bayerischen Forstverwaltung in den forstlichen Vorbereitungsdiensten in Bayern (Ausbildungskapazitätsverordnung Forst – AusbKapV/Forst) vom 4. Januar 1999 (GVBl S. 32, BayRS 2030-1-10-1-L), geändert durch Verordnung vom 26. August 2011 (GVBl S. 436), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 Satz 2 wird die Jahreszahl „2015“ durch die Jahreszahl „2017“ ersetzt.
2. § 2 Satz 2 wird aufgehoben; die Satznummerierung im bisherigen Satz 1 entfällt.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2015 in Kraft.

München, den 20. Dezember 2014

**Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Helmut Brunner, Staatsminister

215-4-1-1-I

**Dreizehnte Verordnung
zur Änderung der
Katastrophenschutzfondsverordnung**

Vom 2. Januar 2015

Auf Grund des Art. 12 Abs. 4 Satz 2 des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes (BayKSG) vom 24. Juli 1996 (GVBl S. 282, BayRS 215-4-1-1-I), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 188 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), erlässt das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat folgende Verordnung:

§ 1

§ 1 der Verordnung über die Beiträge zum Fonds zur Förderung des Katastrophenschutzes (Katastrophenschutzfondsverordnung – KfV) vom 2. März 1997 (GVBl S. 51, BayRS 215-4-1-1-I), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 189 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), erhält folgende Fassung:

„§ 1

Die Beiträge zum Katastrophenschutzfonds werden für die Jahre 2015 und 2016 jeweils wie folgt festgesetzt:

1. 1 620 000 € für den Freistaat Bayern,
2. 810 000 € für die Landkreise und kreisfreien Gemeinden zusammen.“

§ 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2015 in Kraft.

München, den 2. Januar 2015

**Bayerisches Staatsministerium
des Innern, für Bau und Verkehr**

Joachim H e r r m a n n , Staatsminister

2210-3-2-K

**Fünfte Verordnung
zur Änderung der
Kunsthochschulregelungsverordnung**

Vom 8. Januar 2015

Auf Grund des Art. 106 Abs. 2 Satz 1 des Bayerischen Hochschulgesetzes (BayHSchG) vom 23. Mai 2006 (GVBl S. 245, BayRS 2210-1-1-K), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 212 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst folgende Verordnung:

§ 1

Die Verordnung über abweichende Regelungen vom Bayerischen Hochschulgesetz an Kunsthochschulen (Kunsthochschulregelungsverordnung – KHSchRV) vom 27. Februar 2007 (GVBl S. 214, BayRS 2210-3-2-K), zuletzt geändert durch Verordnung vom 28. Januar 2013 (GVBl S. 33), wird wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 2 wird aufgehoben; die Absatzbezeichnung im bisherigen Abs. 1 entfällt.
2. § 2a wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2015 in Kraft.

München, den 8. Januar 2015

**Bayerisches Staatsministerium
für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst**

Dr. Ludwig S p a e n l e , Staatsminister

2170-2-1-A

**Verordnung
zur Änderung
der Durchführungsverordnung
zum Bayerischen Schwangerenberatungsgesetz**

Vom 9. Januar 2015

Auf Grund des Art. 18 Abs. 2 Satz 2 des Gesetzes über die Schwangerenberatung (Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz – BaySchwBerG) vom 9. August 1996 (GVBl S. 320, BayRS 2170-2-A), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 194 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286, ber. S. 405), erlässt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration im Einvernehmen mit dem Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr und dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat folgende Verordnung:

§ 1

Die Durchführungsverordnung zum Bayerischen Schwangerenberatungsgesetz (BaySchwBerV) vom 28. Juli 2005 (GVBl S. 350, BayRS 2170-2-1-A), zuletzt geändert durch § 1 Nr. 195 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Abs. 2 Nr. 1 werden die Worte „Leiterin/Leiter“ durch das Wort „Leitung“ ersetzt und nach den Worten „(übergeleitetes Personal)“ ein Komma eingefügt.
- b) Abs. 4 wird aufgehoben.
- c) Der bisherige Abs. 5 wird Abs. 4.
- d) Der bisherige Abs. 6 wird Abs. 5; die Worte „Abs. 2 bis 4“ werden durch die Worte „Abs. 2 und 3“ ersetzt.

2. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) Im einleitenden Satzteil werden die Worte „und Art. 19 Abs. 2“ gestrichen.
- b) Nr. 1 erhält folgende Fassung:

„1. die Ausstattung der Beratungsstelle, die Reparatur und Ersatzbeschaffung von Büroeinrichtung und -maschinen sowie die Instandhaltung der Räume, jeweils in angemessenem Umfang;“.
- c) In Nr. 3 werden die Worte „(u.a. Heizung, Strom, Gas und Wasser)“ durch die Worte „für Räumlichkeiten in angemessener Größe“ ersetzt.

d) In Nr. 6 wird vor dem Wort „Vergütung“ das Wort „die“ eingefügt.

e) Nr. 7 erhält folgende Fassung:

„7. Büromaterial;“.

f) Nr. 9 erhält folgende Fassung:

„9. Anschluss- und Nutzungskosten für Telekommunikation und Internet sowie Porto;“.

3. § 4 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 Nr. 6 erhält folgende Fassung:

„6. für die Vergütung von Honorarkräften nach § 3 Nr. 6

- a) für Psychologinnen und Psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung, Ärztinnen und Ärzte, Personen mit der Befähigung zum Richteramt sowie für staatlich geprüfte Dolmetscherinnen und Dolmetscher, soweit letztere zur Durchführung der Schwangerschaftskonfliktberatung nach §§ 5 und 6 SchKG benötigt werden, bis zu 36 € je Stunde;
- b) für graduierte Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen, Sexualpädagoginnen und Sexualpädagogen sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit einer Zusatzausbildung als Eheberaterin oder Eheberater bis zu 26 € je Stunde;
- c) für Eheberaterinnen und Eheberater, die an Stelle von Psychologinnen und Psychologen mit staatlich anerkannter wissenschaftlicher Abschlussprüfung tätig werden und im Besitz eines Zertifikats sind, das vom Deutschen Arbeitskreis Jugend-, Ehe- und Familienberatung anerkannt wird, oder Familientherapeutinnen und Familientherapeuten mit vergleichbarer Qualifikation – mit einem Ausbildungsumfang entsprechend dem der Eheberaterinnen und Eheberater – sowie für Hebammen und Geburts-

helfer, die an Stelle von Ärztinnen und Ärzten eingesetzt werden, bis zu 21 € je Stunde.“

b) Abs. 2 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 entfällt die Satznummerierung.

bb) Satz 2 wird aufgehoben.

4. § 6 wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 1 Nr. 1 werden die Worte „den Regierungen“ durch die Worte „der Regierung von Mittelfranken“ ersetzt.

b) Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„(2) ¹Die Regierung von Mittelfranken prüft die Anträge nach Abs. 1 Nr. 1, stellt die Höhe der zuschussfähigen Gesamtkosten für die Bemessung der staatlichen Zuschüsse fest und bewilligt die staatlichen Zuschüsse. ²Sie veranlasst die Auszahlung der staatlichen Zuschüsse in vierteljährlichen Abschlagszahlungen und nimmt die Jahresabrechnung im letzten Viertel des Haushaltsjahres vor.“

c) Abs. 3 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 werden die Worte „Regierungen prüfen“ durch die Worte „Regierung von Mittelfranken prüft“ ersetzt.

bb) Satz 4 erhält folgende Fassung:

„⁴Die Zuschussfähigkeit der Kosten für Fortbildung und Supervision (§ 3 Nrn. 4 und 5) setzt im Rahmen des Verwendungsnachweises die Vorlage von durch den Veranstalter ausgestellten Teilnahmebestätigungen voraus.“

cc) Satz 5 wird aufgehoben.

dd) Der bisherige Satz 6 wird Satz 5.

ee) Der bisherige Satz 7 wird aufgehoben.

ff) Der bisherige Satz 8 wird Satz 6.

5. § 7 wird wie folgt geändert:

a) In der Überschrift wird das Wort „ , Außer-Kraft-Treten“ gestrichen.

b) In Satz 1 entfällt die Satznummerierung.

c) Satz 2 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Februar 2015 in Kraft.

München, den 9. Januar 2015

**Bayerisches Staatsministerium
für Arbeit und Soziales, Familie und Integration**

Emilia M ü l l e r , Staatsministerin

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH
Arnulfstraße 122, 80636 München
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat. Zur Herstellung des Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatts (GVBl) wird Recycling-Papier verwendet.

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Heisinger Straße 16, 87437 Kempten

Vertrieb: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Arnulfstraße 122, 80636 München
Tel. 0 89 / 29 01 42 - 59 / 69, Telefax 0 89 / 29 01 42 90.

Bezug: Die amtliche Fassung des GVBl können Sie über den Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH beziehen. Der Preis des Jahresabonnements für die amtliche Fassung des GVBl beträgt ab dem 1. Januar 2010 **81,00 €** inkl. MwSt. und Versandkosten. Einzelausgaben können zum Preis von 3,00 € inkl. MwSt. zzgl. Versand beim Verlag angefordert werden. Für Abonnementkündigungen gilt eine Frist von vier Wochen zum nächsten Ersten eines Monats (bei Vorauszahlung zum Ende des verrechneten Bezugszeitraums).

Widerrufsrecht: Der Verlag räumt ein Widerrufsrecht von einer Woche ab Absendung der Bestellung ein. Zur Wahrung der Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs (Poststempel) an:

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Vertrieb, Postfach 20 04 63, 80004 München

Bankverbindung: Postbank München, Konto-Nr. 68 88 808 BLZ: 700 100 80

ISSN 0005-7134

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

2014



Der Jahrgang 2014 umfasst die Ausgaben Nrn. 1 bis 22 (Seiten 1 bis 600).

Sachregister 2014

In der **Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung** vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) wurden bis auf Staatsverträge, Verwaltungsabkommen, Satzungen und Verwaltungsvorschriften fast alle bayerischen Vorschriften geändert. Diese Änderung ist **nicht** bei den jeweiligen Stichworten im Sachregister **aufgeführt**.

Seite	Seite
10	
10h-Regelung / Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17.11.2014	478
A	
Abfallwirtschaftsplan / Verordnung über den Abfallwirtschaftsplan Bayern (AbfPV) vom 17.12.2014	578
Abgeordnetengesetz / Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 8.4.2014	114
– Druckfehlerberichtigung des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes	173
Abgrabungsgesetz / Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung Bayerisches Abgrabungsgesetz	405
Agrarfachschulverordnung / Verordnung zur Änderung der Agrarfachschulverordnung vom 8.7.2014	272
Agrarwirtschaft / Verordnung zur Änderung der Fachschulordnung Agrarwirtschaft vom 12.8.2014	371
– Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft	376
Ämter für Ernährung Landwirtschaft und Forsten / Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 12.12.2014	593
Ansprechpartner / Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Einheitlicher Ansprechpartner vom 25.11.2014	565
Archivwesen / Verordnung über den fachlichen Schwerpunkt Archivwesen (FachV-Arch) vom 3.1.2014	7
atomrechtliche Vorschriften / Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften	405
Ausbildungsförderungsgesetz / Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung Bayerisches Ausbildungsförderungsgesetz	405
Ausbildungsordnung / Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachsportlehrer im freien Beruf in Bayern vom 21.1.2014	41
– Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, der Verordnung zur Ergänzung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten und der Verordnung über die fachlichen Schwerpunkte technische und nichttechnische Dienste im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen vom 16.5.2014	208
– Verordnung zur Änderung der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Sonderschulen vom 17.5.2014	215
– Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Gerichtsvollzieher vom 4.6.2014	225
Ausführung / Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 29.7.2014	338
– Berichtigung der Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 22. April 2010 (GVBl S. 222)	475
– Dritte Verordnung zur Änderung der AV-Milch-Gütereverordnung vom 20.10.2014	480
– Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Fischereigesetzes vom 1.11.2014	482
– Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes vom 17.11.2014	505
– Gesetz zur Ausführung der Präimplantationsdiagnostikverordnung (BayAGPIDV) vom 17.12.2014	542
– Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG): Änderung Bayerisches Ausführungsgesetz zum Bundesausbildungsförderungsgesetz vom 17.12.2014	539
B	
Bauordnung / Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17.11.2014	478
Bauwesen / Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen vom 7.4.2014	171
– Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einrichtung und Organisation der staatlichen Behörden für das Bauwesen vom 10.12.2014	574

Seite	Seite
Beamten-gesetz / Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) vom 17.12.2014.	Bestattungs-verordnung / Verordnung zur Änderung der Bestattungs-verordnung vom 5.7.2014
511	253
Beamten-versorgungsgesetz / Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) vom 17.12.2014.	Betreuungs-gesetz / Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014
511	539
Beihilfe-verordnung / Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfe-verordnung vom 29.7.2014.	Bezüge / Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern vom 9.12.2014
352	553
– Druckfehlerberichtigung der Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfe-verordnung.	Bodensee / Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Schifffahrt auf dem Bodensee vom 26.9.2014.
447	457
Benutzungs-gebühren / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Organisation und die Benutzungsgebühren sowie über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer in den Spruchausschüssen der Ämter für Ländliche Entwicklung vom 12.2.2014	Bodenseefischereiverordnung / Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Bodenseefischereiverordnung vom 9.10.2014.
63	474
– Verordnung zur Änderung der Verordnung über Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der staatlichen Rechnungsprüfungsstellen der Landratsämter vom 4.4.2014	Bundesausbildungs-förderungsgesetz / Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014.
170	539
Bereinigung des Landesrechts (Gesetz zur) / Druckfehlerberichtigung der Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes in § 2 Abs. 4 des Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts vom 8. April 2013 (GVBl S. 174)	Bundes-Bodenschutzgesetz / Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) vom 17.12.2014.
96	511
Berg- und Skischul-verordnung / Verordnung über den Unterricht als Berg- und Skiführer sowie als Schneesporthlehrer in Bayern (Bayerische Berg- und Skischulverordnung – BayBergSkiV) vom 16.7.2014	Bundesstraße 12 / Bekanntmachung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Wahrnehmung von verkehrspolizeilichen Vollzugsaufgaben auf der Bundesstraße 12 – Umfahrung Isny – vom 25.4.2014.
345	178
Berufsbildungs-gesetz / Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung vom 13.3.2014.	
203	
– Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes, des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes und der Handwerksordnung vom 4.11.2014	
484	
Berufsfachschulordnung Podologie / Dritte Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulordnung Podologie vom 24.6.2014.	
243	
Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz / Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung vom 13.3.2014.	
203	
– Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes, des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes und der Handwerksordnung vom 4.11.2014	
484	
Besoldungsgesetz / Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz) vom 23.5.2014	
190	
– Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) vom 17.12.2014.	
511	
	C
	Keine Eintragungen
	D
	Datenschutzgesetz / Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung StMUK Art. 28 Abs. 2 BayDSG vom 1.4.2014
	167
	Delegationsverordnung / Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen (Delegationsverordnung – DelV) vom 28.1.2014
	22
	– Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) vom 23.5.2014
	187
	– Verordnung zur Änderung der Delegationsverordnung vom 22.9.2014.
	410
	Denkmalschutz-Entschädigungsfondsverordnung / Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz vom 10.1.2014
	40
	Denkmalschutzgesetz / Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes vom 17.12.2014.
	548

Seite	Seite
<p>DIBt-Abkommen / Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zur zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (2. DIBt-Änderungsabkommen) vom 20.6.2014 214</p> <p>Dienstrecht / Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, der Verordnung zur Ergänzung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten und der Verordnung über die fachlichen Schwerpunkte technische und nichttechnische Dienste im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen vom 16.5.2014 208</p> <p>– Verordnung zur Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie vom 24.11.2014 564</p> <p>Dienstwohnungsverordnung / Verordnung zur Änderung der Dienstwohnungsverordnung vom 10.3.2014 106</p> <p>Disziplinargesetz / Berichtigung des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen hinsichtlich der Änderung des Bayerischen Disziplinargesetzes vom 24.7.2012 (GVBl S. 366) 20</p> <p>Dolmetscher / Verordnung zur Änderung der EG-Richtlinienverordnung für Dolmetscher vom 5.3.2014 101</p> <p>Dorfhelfer / Verordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für die Fachschulen für Dorfshelferinnen und Dorfshelfer vom 4.6.2014 238</p> <p>Durchführung / Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Polizeiorganisationsgesetzes vom 7.3.2014 105</p> <p>– Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat Gemeinden und Gemeindeverbänden / Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) vom 23.5.2014 187</p>	<p>Elektronischer Rechtsverkehr / Verordnung zur Änderung der E-Rechtsverkehrsverordnung vom 12.11.2014 503</p> <p>Entschädigung / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Organisation und die Benutzungsgebühren sowie über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer in den Spruchausschüssen der Ämter für Ländliche Entwicklung vom 12.2.2014 63</p> <p>– Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags vom 14.5.2014 211</p> <p>E-Rechtsverkehrsverordnung / Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Sozialgerichtsbarkeit (E-Rechtsverkehrsverordnung Sozialgerichte – ERVV SG) vom 28.2.2014 99</p> <p>Erziehungs- und Unterrichtswesen / Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 23.5.2014 186</p> <p>– Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen 405</p>
F	
<p style="text-align: center;">E</p> <p>EG-Ausführungsverordnung-Landwirtschaft / Verordnung zur Änderung der EG-Ausführungsverordnung-Landwirtschaft vom 7.1.2014 2</p> <p>EG-Richtlinienverordnung / Verordnung zur Änderung der EG-Richtlinienverordnung für Dolmetscher vom 5.3.2014 101</p> <p>Ehrenamtliche Beisitzer / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Organisation und die Benutzungsgebühren sowie über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer in den Spruchausschüssen der Ämter für Ländliche Entwicklung vom 12.2.2014 63</p> <p>Einheitlicher Ansprechpartner / Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Einheitlicher Ansprechpartner vom 25.11.2014 565</p>	<p>Fachlicher Schwerpunkt / Verordnung über den fachlichen Schwerpunkt Archivwesen (FachV-Arch) vom 3.1.2014 7</p> <p>– Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, der Verordnung zur Ergänzung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten und der Verordnung über die fachlichen Schwerpunkte technische und nichttechnische Dienste im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen vom 16.5.2014 208</p> <p>– Verordnung über fachliche Schwerpunkte in der Fachlaufbahn Justiz (FachV-J) vom 8.9.2014 417</p> <p>– Verordnung über den fachlichen Schwerpunkt Gewerbeaufsicht (FachV-GA) vom 12.11.2014 496</p> <p>Fachschulen / Verordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für die Fachschulen für Dorfshelferinnen und Dorfshelfer vom 4.6.2014 238</p> <p>Fachschulordnung / Verordnung zur Änderung der Fachschulordnung Agrarwirtschaft vom 12.8.2014 371</p> <p>– Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Fachschulordnung Agrarwirtschaft 475</p> <p>Fachsportlehrer / Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachsportlehrer im freien Beruf in Bayern vom 21.1.2014 41</p> <p>Feuerwehr / Verordnung über die Alarmierung der Feuerwehren im Landkreis München (MüFwAIV) vom 30.5.2014 221</p>

Seite	Seite		
Finanzausgleichsgesetz / Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014) vom 23.5.2014.	187	– Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag vom 10.12.2014.	594
– Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2015) vom 17.12.2014.	549	Geschäftsverteilung / Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV) vom 28.1.2014.	31
Fischerei / Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Bodenseefischereiverordnung vom 9.10.2014.	474	– Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22.7.2014.	286
– Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Fischereigesetzes vom 25.2.2014.	95	Gesetz Nr. 116 zur Änderung des Rennwett- und Lotteriegengesetzes / Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz) vom 23.5.2014.	190
– Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Fischereigesetzes vom 1.11.2014.	482	Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetz / Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014.	539
Fluglärmenschutzverordnung / Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Ingolstadt/Manching (Fluglärmenschutzverordnung Ingolstadt – FluLärmV IN) vom 25.2.2014.	72	Gewerbeaufsicht / Verordnung über den fachlichen Schwerpunkt Gewerbeaufsicht (FachV-GA) vom 12.11.2014.	496
Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Nürnberg (Fluglärmenschutzverordnung Nürnberg – FluLärmV N) vom 9.9.2014.	382	– Verordnung über gewerbeaufsichtliche Zuständigkeiten (ZustV-GA) vom 9.12.2014.	555
Futtermittelrecht / Dritte Verordnung zur Änderung der Lebensmittelrecht und Futtermittelrecht-Ausführungsverordnung vom 7.5.2014.	206	Gewerbeverordnung / Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Gewerbeordnung und der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht vom 1.7.2014.	236
G		Grundschulordnung / Verordnung zur Änderung der Grundschulordnung vom 18.6.2014.	240
Gärten / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen vom 2.12.2014.	569	Gutachterausschussverordnung / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gutachterausschüsse, die Kaufpreissammlungen und die Bodenrichtwerte nach dem Baugesetzbuch und der Umlegungsausschussverordnung vom 30.9.2014.	411
Gartenbau / Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft vom 8.7.2014.	255	H	
Gebärdensprachdolmetscher / Verordnung zur Änderung der EG-Richtlinienverordnung für Dolmetscher vom 5.3.2014.	101	Handwerksordnung / Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung vom 13.3.2014.	203
Gebietsänderung / Verordnung zur Änderung der Verordnung über kommunale Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen vom 4.2.2014.	62	– Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes, des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes und der Handwerksordnung vom 4.11.2014.	484
Gemeindefinanzreformgesetz / Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Gemeindefinanzreformgesetz vom 30.6.2014.	249	Haushaltsgesetz 2013/2014 / Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz) vom 23.5.2014.	190
Gerichtliche Zuständigkeitsverordnung Justiz / Verordnung zur Änderung der Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz vom 10.12.2014.	575	Haushaltsgesetz 2015/2016 / Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) vom 17.12.2014.	511
Gerichtsvollzieher / Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Gerichtsvollzieher vom 4.6.2014.	225	Heilberufe / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe vom 28.7.2014.	350
Geschäftsordnung / Änderung der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 28.1.2014.	58	Hochschule / Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Politik München vom 24.11.2014.	490

Seite	Seite
Hochschulzulassungsverordnung / Verordnung zur Änderung der Hochschulzulassungsverordnung und der Verordnung über die bayerischen Studentenwerke vom 15.4.2014	172
Hoheitszeichen / Verordnung zur Änderung der Verordnung über kommunale Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen vom 4.2.2014	62
I	
Isny / Bekanntmachung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Wahrnehmung von verkehrspolizeilichen Vollzugsaufgaben auf der Bundesstraße 12 – Umfahrung Isny – vom 25.4.2014	178
J	
Jagdgesetz / Druckfehlerberichtigung der Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes in § 2 Abs. 4 des Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts vom 8. April 2013 (GVBl S. 174).	96
– Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes vom 30.6.2014.	250
Justiz / Verordnung über fachliche Schwerpunkte in der Fachlaufbahn Justiz (FachV-J) vom 8.9.2014	417
– Verordnung zur Änderung der Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz vom 10.12.2014	575
K	
Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz / Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes vom 17.11.2014	505
Kirchensteuergesetz / Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes vom 17.12.2014	547
Kommunalabgabengesetz / Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes vom 11.3.2014	70
Kommunale Namen / Verordnung zur Änderung der Verordnung über kommunale Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen vom 4.2.2014	62
Kommunale Wahlbeamte / Verordnung zur Änderung der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung und der Kommunalen Wahlbeamten-Nebentätigkeitsverordnung vom 9.12.2014.	551
Kostenpauschale / Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags vom 14.5.2014.	211
Kostenverzeichnis / Verordnung zur Änderung des Kostenverzeichnisses vom 24.3.2014	118
Kultus / Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung StMUK Art. 28 Abs. 2 BayDSG vom 1.4.2014.	167
Kurtaxe / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe vom 11.9.2014.	435
L	
Landesämterverordnung / Verordnung zur Änderung der Landesämterverordnung vom 23.12.2013.	6
– Verordnung zur Änderung der Landesämterverordnung vom 4.12.2014.	570
Landesanstalt / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft vom 3.7.2014.	251
Landesbank-Gesetz / Gesetz zur Änderung des Sparkessengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 17.12.2014.	545
Landesjustizkostengesetz / Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes vom 25.4.2014	166
Landesstraft- und Verordnungsgesetz / Gesetz zur Änderung des Landesstraft- und Verordnungsgesetzes vom 17.12.2014.	544
Ländliche Entwicklung / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Organisation und die Benutzungsgebühren sowie über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer in den Spruchausschüssen der Ämter für Ländliche Entwicklung vom 12.2.2014.	63
Ländliches Siedlungswesen / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Verwaltung des ländlichen Siedlungswesens vom 1.12.2014.	568
Landtag / Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags vom 14.5.2014.	211
– Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag vom 10.12.2014.	594
Landwirtschaft / Verordnung zur Änderung der EG-Ausführungsverordnung-Landwirtschaft vom 7.1.2014.	2
– Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft vom 3.7.2014.	251
Landwirtschaftsschulen / Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen vom 19.9.2014.	436
– Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen	486
Lebensmittelrecht / Dritte Verordnung zur Änderung der Lebensmittelrecht und Futtermittelrecht-Ausführungsverordnung vom 7.5.2014	206
Leistungslaufbahngesetz / Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) vom 17.12.2014.	511

	Seite
LfA-Gesetz / Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung LfA-Gesetz.	405

M

Meldedatenverordnung / Verordnung zur Änderung der Meldedatenverordnung vom 29.4.2014.	180
Milch-Güteverordnung / Dritte Verordnung zur Änderung der AV-Milch-Güteverordnung vom 20.10.2014	480
Milieuschutz / Verordnung zur Stärkung des städtebaulichen Milieuschutzes – Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Wohnraumförderungs- und Wohnungsbindungsrechts vom 4.2.2014.	39
Mittelschulordnung / Verordnung zur Änderung der Mittelschulordnung vom 15.7.2014	276

N

Nachtragshaushaltsgesetz / Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz) vom 23.5.2014.	190
Naturschutzfonds / Satzung für den Bayerischen Naturschutzfonds (BayNatSchFS) vom 26.9.2014	444
Nebentätigkeitsverordnung / Verordnung zur Änderung der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung und der Kommunalen Wahlbeamten-Nebentätigkeitsverordnung vom 9.12.2014	551

O

Ordnungswidrigkeitenrecht / Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Gewerbeordnung und der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht vom 1.7.2014. ...	236
Organisation / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Organisation und die Benutzungsgebühren sowie über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer in den Spruchausschüssen der Ämter für Ländliche Entwicklung vom 12.2.2014	63
– Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17.11.2014	478
– Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Organisation und Zuständigkeiten in der Bayerischen Steuerverwaltung vom 27.11.2014	566
– Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einrichtung und Organisation der staatlichen Behörden für das Bauwesen vom 10.12.2014	574

P

Personenbeförderung / Verordnung zur Änderung der Verordnung über Kostensätze für Ausgleichszahlungen nach § 45a des Personenbeförderungsgesetzes vom 8.10.2014.	473
Personenstandsgesetz / Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes vom 15.6.2014	229
Pfandbriefe und Schuldverschreibungen (Gesetz zur Sicherung der Inhaber von Pfandbriefen und Schuldverschreibungen der Bayerischen Landwirtschaftsbank) / Gesetz zur Änderung des Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes vom 25.7.2014	246
Politik / Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Politik München vom 24.11.2014	490
Polizeiorganisationsgesetz / Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Polizeiorganisationsgesetzes vom 7.3.2014	105
Präimplantationsdiagnostikverordnung / Gesetz zur Ausführung der Präimplantationsdiagnostikverordnung (BayAGPIDV) vom 17.12.2014	542
Prüfervergütungen / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Prüfervergütungen an Professoren und Professorinnen bei den Prüfungen im Bereich der Justizverwaltung vom 12.6.2014.	228
Prüfungsordnung / Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachsportlehrer im freien Beruf in Bayern vom 21.1.2014.	41
– Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Gerichtsvollzieher vom 4.6.2014	225
– Verordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für die Fachschulen für Dorfhelferinnen und Dorfhelfer vom 4.6.2014.	238

Q

Keine Eintragungen

R

Rechnungsprüfungsstellen / Verordnung zur Änderung der Verordnung über Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der staatlichen Rechnungsprüfungsstellen der Landratsämter vom 4.4.2014.	170
Rechtssammlungsgesetz / Gesetz zur Änderung des Zuständigkeitsgesetzes und des Bayerischen Rechtssammlungsgesetzes vom 8.4.2014	117
Rechtsverkehrsverordnung / Verordnung zur Änderung der E-Rechtsverkehrsverordnung vom 12.11.2014.	503

Seite	Seite		
Regierung / Verordnung zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen (SARV) vom 14.10.2014.	450	Schlösser / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen vom 2.12.2014.	569
– Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014.	539	Schule / Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 23.5.2014.	186
Ressortnamen / Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22.7.2014.	286	– Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen	405
S		Schulerrichtungsverordnung / Siebte Verordnung zur Änderung der Schulerrichtungsverordnung vom 23.7.2014.	279
Satzung / Satzung für den Bayerischen Naturschutzfonds (BayNatSchFS) vom 26.9.2014	444	– Berichtigung der Vierten Verordnung zur Änderung der Schulerrichtungsverordnung vom 14. Oktober 2011 (GVBl S. 550) und der Siebten Verordnung zur Änderung der Schulerrichtungsverordnung vom 23. Juli 2014 (GVBl S. 279)	406
Seen / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen vom 2.12.2014.	569	Schulfinanzierungsgesetz / Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz) vom 23.5.2014.	190
Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetz / Gesetz zur Änderung des Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes vom 25.7.2014.	246	– Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes vom 15.7.2014	274
Sonderschule / Verordnung zur Änderung der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Sonderschulen vom 17.5.2014	215	– Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) vom 17.12.2014.	511
Sozialgericht / Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Sozialgerichtsbarkeit (E-Rechtsverkehrsverordnung Sozialgerichte – ERVV SG) vom 28.2.2014.	99	Schulordnung / Dritte Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulordnung Podologie vom 24.6.2014.	243
Sozialgesetze / Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 29.7.2014.	338	– Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft vom 8.7.2014	255
– Berichtigung der Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 22. April 2010 (GVBl S. 222).	475	– Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft	376
– Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014.	539	– Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen vom 19.9.2014	436
Sparkassengesetz / Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 17.12.2014.	545	– Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen	486
Sparkassenordnung / Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften vom 17.12.2014.	545	Schwangerenberatungsgesetz / Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz	405
Spruchausschüsse / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Organisation und die Benutzungsgebühren sowie über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer in den Spruchausschüssen der Ämter für Ländliche Entwicklung vom 12.2.2014	63	Schwerpunkt / Verordnung zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen (SARV) vom 14.10.2014.	450
Sch		– Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014.	539
Schiffahrt / Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Schiffahrt auf dem Bodensee vom 26.9.2014.	457		

	Seite		Seite
St			
Staatsregierung / Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV) vom 28.1.2014.	31	Tierschutzzuständigkeitsverordnung / Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Vollzug tierschutzrechtlicher Vorschriften vom 1.9.2014	404
– Änderung der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung vom 28.1.2014.	58	Tierseuchen-Vollzugsverordnung / Verordnung zur Änderung der Tierseuchen-Vollzugsverordnung vom 3.6.2014.	223
Staatsvertrag / Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrags über die Übertragung von Aufgaben nach §§ 802k Abs. 1 Satz 2, 882h Abs. 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung und § 6 Abs. 1 Schuldnerverzeichnisführungsverordnung und § 7 Abs. 1 Satz 1 der Vermögensverzeichnisverordnung zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder vom 19.3.2014 ...	98	U	
– Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zur zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (2. DIBt-Änderungsabkommen) vom 20.6.2014	214	Übersetzer / Verordnung zur Änderung der EG-Richtlinienverordnung für Dolmetscher vom 5.3.2014	101
Städtebau / Verordnung zur Stärkung des städtebaulichen Milieuschutzes – Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Wohnraumförderungs- und Wohnungsbindungsrechts vom 4.2.2014 ..	39	Umlegungsausschussverordnung / Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gutachterausschüsse, die Kaufpreissammlungen und die Bodenrichtwerte nach dem Baugesetzbuch und der Umlegungsausschussverordnung vom 30.9.2014	411
Steuer / Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, der Verordnung zur Ergänzung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten und der Verordnung über die fachlichen Schwerpunkte technische und nichttechnische Dienste im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen vom 16.5.2014.	208	Unterbringungsgesetz / Gesetz zur Änderung des Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes vom 25.7.2014.	246
– Verordnung zur Übertragung von Befugnissen der Landesjustizverwaltung nach § 99 Abs. 6 des Steuerberatungsgesetz / Gesetz zur Änderung des Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes vom 25.7.2014.	246	Urlaubsverordnung / Verordnung zur Änderung der Urlaubsverordnung vom 24.6.2014	234
– Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Organisation und Zuständigkeiten in der Bayerischen Steuerverwaltung vom 27.11.2014	566	V	
Studentenwerke / Verordnung zur Änderung der Hochschulzulassungsverordnung und der Verordnung über die bayerischen Studentenwerke vom 15.4.2014.	172	Verkehrspolizei / Bekanntmachung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Wahrnehmung von verkehrspolizeilichen Vollzugsaufgaben auf der Bundesstraße 12 – Umfahrung Isny – vom 25.4.2014.	178
T			
Technikerschulordnung Agrar / Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft vom 8.7.2014	255	Verkehrswesen / Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014	539
– Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft	376	Versorgungsrücklagen / Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016) vom 17.12.2014.	511
Therapieunterbringung / Gesetz zur Änderung des Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes vom 25.7.2014	246	Verwaltungsabkommen / Bekanntmachung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Wahrnehmung von verkehrspolizeilichen Vollzugsaufgaben auf der Bundesstraße 12 – Umfahrung Isny – vom 25.4.2014.	178
W			
		Waldwirtschaft / Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft vom 8.7.2014 ..	255
		– Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft	376

Seite	Seite		
Wasserwirtschaft / Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17.11.2014.	478	– Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe vom 28.7.2014	350
Wein / Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung weinrechtlicher Vorschriften vom 12.2.2014.	64	– Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften und der Verordnung zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften	405
– Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft vom 8.7.2014	255	– Verordnung zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen (SARV) vom 14.10.2014.	450
Windenergie / Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17.11.2014	478	– Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014.	539
wirtschaftsrechtliche Vorschriften / Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung Verordnung zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften.	405	– Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern vom 9.12.2014	553
Wohnraum / Verordnung zur Stärkung des städtebaulichen Milieuschutzes – Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Wohnraumförderungs- und Wohnungsbindungsrechts vom 4.2.2014 .	39	– Verordnung über gewerbeaufsichtliche Zuständigkeiten (ZustV-GA) vom 9.12.2014	555
– Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft vom 17.11.2014	478	– Verordnung zur Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie vom 24.11.2014.	564
		– Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Einheitlicher Ansprechpartner vom 25.11.2014	565
		– Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Organisation und Zuständigkeiten in der Bayerischen Steuerverwaltung vom 27.11.2014	566
		– Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten zur Ausführung des Aufenthaltsgesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen vom 9.12.2014.	571
		– Verordnung zur Änderung der Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz vom 10.12.2014	575
		– Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 12.12.2014.	593
		Zuständigkeitsgesetz / Gesetz zur Änderung des Zuständigkeitsgesetzes und des Bayerischen Rechtssammlungsgesetzes vom 8.4.2014	117
		– Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG) vom 17.12.2014.	539
X, Y			
Keine Eintragungen			
Z			
Zulassungsordnung / Verordnung zur Änderung der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Sonderschulen vom 17.5.2014	215		
– Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Gerichtsvollzieher vom 4.6.2014	225		
Zuständigkeit / Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen vom 7.4.2014.	171		
– Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, der Verordnung zur Ergänzung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten und der Verordnung über die fachlichen Schwerpunkte technische und nichttechnische Dienste im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen vom 16.5.2014	208		
– Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Gewerbeordnung und der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht vom 1.7.2014	236		

Chronologische Übersicht 2014

Datum	Titel	Seite
23.12.2013	Verordnung zur Änderung der Landesämterverordnung	6
3. 1.2014	Verordnung über den fachlichen Schwerpunkt Archivwesen (FachV-Arch)	7
7. 1.2014	Verordnung zur Änderung der EG-Ausführungsverordnung-Landwirtschaft	2
10. 1.2014	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Entschädigungsfonds nach dem Denkmalschutzgesetz	40
21. 1.2014	Verordnung zur Änderung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Fachsportlehrer im freien Beruf in Bayern	41
28. 1.2014	Verordnung über die Zuständigkeit zum Erlass von Rechtsverordnungen (Delegationsverordnung – DelV)	22
28. 1.2014	Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV)	31
28. 1.2014	Änderung der Geschäftsordnung der Bayerischen Staatsregierung	58
4. 2.2014	Verordnung zur Stärkung des städtebaulichen Milieuschutzes – Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Wohnraumförderungs- und Wohnungsbindungsrechts	39
4. 2.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über kommunale Namen, Hoheitszeichen und Gebietsänderungen	62
12. 2.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Organisation und die Benutzungsgebühren sowie über die Entschädigung der ehrenamtlichen Beisitzer in den Spruchausschüssen der Ämter für Ländliche Entwicklung	63
12. 2.2014	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung weinrechtlicher Vorschriften	64
25. 2.2014	Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den militärischen Flugplatz Ingolstadt/Manching (Fluglärmschutzverordnung Ingolstadt – FluLärmV IN)	72
25. 2.2014	Zwölfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Fischereigesetzes	95
28. 2.2014	Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr in der Sozialgerichtsbarkeit (E-Rechtsverkehrsverordnung Sozialgerichte – ERVV SG)	99
5. 3.2014	Verordnung zur Änderung der EG-Richtlinienverordnung für Dolmetscher	101
7. 3.2014	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung des Polizeiorganisationsgesetzes	105
10. 3.2014	Verordnung zur Änderung der Dienstwohnungsverordnung	106
11. 3.2014	Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes	70
13. 3.2014	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes und der Handwerksordnung	203
19. 3.2014	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Staatsvertrags über die Übertragung von Aufgaben nach §§ 802k Abs. 1 Satz 2, 882h Abs. 1 Satz 2 und 3 der Zivilprozessordnung und § 6 Abs. 1 Schuldnerverzeichnisführungsverordnung und § 7 Abs. 1 Satz 1 der Vermögensverzeichnisverordnung zur Errichtung und zum Betrieb eines gemeinsamen Vollstreckungsportals der Länder	98
24. 3.2014	Verordnung zur Änderung des Kostenverzeichnisses	118
1. 4.2014	Verordnung zur Änderung der Durchführungsverordnung StMUK Art. 28 Abs. 2 BayDSG	167
4. 4.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Benutzungsgebühren für die Inanspruchnahme der staatlichen Rechnungsprüfungsstellen der Landratsämter	170
7. 4.2014	Verordnung zur Änderung der Zuständigkeitsverordnung im Bauwesen	171
8. 4.2014	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes	114
8. 4.2014	Gesetz zur Änderung des Zuständigkeitsgesetzes und des Bayerischen Rechtssammlungsgesetzes	117

Datum	Titel	Seite
15. 4.2014	Verordnung zur Änderung der Hochschulzulassungsverordnung und der Verordnung über die bayerischen Studentenwerke	172
25. 4.2014	Gesetz zur Änderung des Landesjustizkostengesetzes	166
25. 4.2014	Bekanntmachung des Verwaltungsabkommens zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Wahrnehmung von verkehrspolizeilichen Vollzugsaufgaben auf der Bundesstraße 12 – Umfahrung Isny –	178
29. 4.2014	Verordnung zur Änderung der Meldedatenverordnung	180
7. 5.2014	Dritte Verordnung zur Änderung der Lebensmittelrecht und Futtermittelrecht-Ausführungsverordnung	206
14. 5.2014	Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags	211
16. 5.2014	Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, der Verordnung zur Ergänzung der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Steuerbeamten und der Verordnung über die fachlichen Schwerpunkte technische und nichttechnische Dienste im Geschäftsbereich des Staatsministeriums der Finanzen	208
17. 5.2014	Verordnung zur Änderung der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an Sonderschulen	215
23. 5.2014	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen	186
23. 5.2014	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2014)	187
23. 5.2014	Zweites Gesetz zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2013/2014 (2. Nachtragshaushaltsgesetz)	190
30. 5.2014	Verordnung über die Alarmierung der Feuerwehren im Landkreis München (MüFwAIV)	221
3. 6.2014	Verordnung zur Änderung der Tierseuchen-Vollzugsverordnung	223
4. 6.2014	Verordnung zur Änderung der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die Gerichtsvollzieher	225
4. 6.2014	Verordnung zur Änderung der Prüfungsordnung für die Fachschulen für Dorfhelferinnen und Dorfhelfer	238
12. 6.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Prüfervergütungen an Professoren und Professorinnen bei den Prüfungen im Bereich der Justizverwaltung	228
15. 6.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes	229
18. 6.2014	Verordnung zur Änderung der Grundschulordnung	240
20. 6.2014	Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zur zweiten Änderung des Abkommens über das Deutsche Institut für Bautechnik (2. DIBt-Änderungsabkommen)	214
24. 6.2014	Verordnung zur Änderung der Urlaubsverordnung	234
24. 6.2014	Dritte Verordnung zur Änderung der Berufsfachschulordnung Podologie	243
30. 6.2014	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Gemeindefinanzreformgesetz	249
30. 6.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Jagdgesetzes	250
1. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Durchführung der Gewerbeordnung und der Verordnung über Zuständigkeiten im Ordnungswidrigkeitenrecht	236
3. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft	251
5. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Bestattungsverordnung	253
8. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft	255

Datum	Titel	Seite
8. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Agrarfachschulverordnung	272
15. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes	274
15. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Mittelschulordnung	276
16. 7.2014	Verordnung über den Unterricht als Berg- und Skiführer sowie als Schneesportlehrer in Bayern (Bayerische Berg- und Skischulverordnung – BayBergSkiV)	345
22. 7.2014	Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung	286
23. 7.2014	Siebte Verordnung zur Änderung der Schullerichtungsverordnung	279
25. 7.2014	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Sicherungsverwahrungsvollzugsgesetzes	246
28. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die zuständigen Behörden zum Vollzug des Rechts der Heilberufe	350
29. 7.2014	Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze.	338
29. 7.2014	Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung	352
12. 8.2014	Verordnung zur Änderung der Fachschulordnung Agrarwirtschaft.	371
1. 9.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung zum Vollzug tierschutzrechtlicher Vorschriften	404
8. 9.2014	Verordnung über fachliche Schwerpunkte in der Fachlaufbahn Justiz (FachV-J)	417
9. 9.2014	Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Nürnberg (Fluglärmschutzverordnung Nürnberg – FluLärmV N)	382
11. 9.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung der Kurtaxe	435
19. 9.2014	Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen	436
22. 9.2014	Verordnung zur Änderung der Delegationsverordnung	410
26. 9.2014	Satzung für den Bayerischen Naturschutzfonds (BayNatSchFS)	444
26. 9.2014	Siebte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Einführung der Verordnung über die Schifffahrt auf dem Bodensee	457
30. 9.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Gutachterausschüsse, die Kaufpreissammlungen und die Bodenrichtwerte nach dem Baugesetzbuch und der Umlegungsausschussverordnung	411
8.10.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Kostensätze für Ausgleichszahlungen nach § 45a des Personenbeförderungsgesetzes.	473
9.10.2014	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Bodenseefischereiverordnung	474
14.10.2014	Verordnung zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen (SARV)	450
20.10.2014	Dritte Verordnung zur Änderung der AV-Milch-Güteverordnung	480
1.11.2014	Dreizehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Fischereigesetzes	482
4.11.2014	Fünfte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Umsetzung des Berufsbildungsgesetzes, des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes und der Handwerksordnung	484
12.11.2014	Verordnung über den fachlichen Schwerpunkt Gewerbeaufsicht (FachV-GA).	496
12.11.2014	Verordnung zur Änderung der E-Rechtsverkehrsverordnung	503
17.11.2014	Gesetz zur Änderung der Bayerischen Bauordnung und des Gesetzes über die behördliche Organisation des Bauwesens, des Wohnungswesens und der Wasserwirtschaft	478
17.11.2014	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes	505

Datum	Titel	Seite
24.11.2014	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Hochschule für Politik München	490
24.11.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über dienstrechtliche Zuständigkeiten im Geschäftsbe- reich des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie	564
25.11.2014	Verordnung zur Änderung der Ausführungsverordnung Einheitlicher Ansprechpartner	565
27.11.2014	Achte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Organisation und Zuständigkeiten in der Bay- erischen Steuerverwaltung.	566
1.12.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Verwaltung des ländlichen Siedlungswesens . .	568
2.12.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen	569
4.12.2014	Verordnung zur Änderung der Landesämterverordnung	570
9.12.2014	Verordnung zur Änderung der Bayerischen Nebentätigkeitsverordnung und der Kommunalen Wahl- beamten-Nebentätigkeitsverordnung	551
9.12.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten für die Festsetzung, Anordnung und Abrechnung der Bezüge von Bediensteten und Versorgungsempfängern.	553
9.12.2014	Verordnung über gewerbeaufsichtliche Zuständigkeiten (ZustV-GA)	555
9.12.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Zuständigkeiten zur Ausführung des Aufent- haltsgesetzes und ausländerrechtlicher Bestimmungen in anderen Gesetzen	571
10.12.2014	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Einrichtung und Organisation der staatlichen Behörden für das Bauwesen.	574
10.12.2014	Verordnung zur Änderung der Gerichtlichen Zuständigkeitsverordnung Justiz	575
10.12.2014	Änderung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag.	594
12.12.2014	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ämter für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	593
17.12.2014	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2015 und 2016 (Haushaltsgesetz 2015/2016 – HG 2015/2016)	511
17.12.2014	Gesetz zur Schwerpunktsetzung von Aufgaben bei den Regierungen sowie zur Änderung des Ge- setzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (SARG)	539
17.12.2014	Gesetz zur Ausführung der Präimplantationsdiagnostikverordnung (BayAGPIDV)	542
17.12.2014	Gesetz zur Änderung des Landesstraf- und Verordnungsgesetzes	544
17.12.2014	Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes und weiterer Rechtsvorschriften	545
17.12.2014	Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes	547
17.12.2014	Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes	548
17.12.2014	Gesetz zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und der Verordnung zur Durchführung des Ge- setzes über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (Finanzaus- gleichsänderungsgesetz 2015)	549
17.12.2014	Verordnung über den Abfallwirtschaftsplan Bayern (AbfPV)	578
	Berichtigung des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen hinsichtlich der Än- derung des Bayerischen Disziplinargesetzes	20
	Druckfehlerberichtigung der Änderung des Bayerischen Jagdgesetzes in § 2 Abs. 4 des Gesetzes zur Bereinigung des Landesrechts vom 8. April 2013 (GVBl S. 174).	96
	Druckfehlerberichtigung des Gesetzes zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 8. April 2014 (GVBl S. 114)	173

Datum	Titel	Seite
	Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die Staatlichen Technikerschulen für Agrarwirtschaft sowie für Waldwirtschaft	376
	Berichtigung der Verordnung zur Anpassung des Landesrechts an die geltende Geschäftsverteilung vom 22. Juli 2014 (GVBl S. 286) hinsichtlich der Änderung folgender Vorschriften: Bayerisches Abgrabungsgesetz, Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz, Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen, Bayerisches Ausbildungsförderungsgesetz, Verordnung über die Zuständigkeiten zum Vollzug atomrechtlicher Vorschriften, Verordnung zum Vollzug wirtschaftsrechtlicher Vorschriften, LfA-Gesetz	405
	Berichtigung der Vierten Verordnung zur Änderung der Schulerrichtungsverordnung vom 14. Oktober 2011 (GVBl S. 550) und der Siebten Verordnung zur Änderung der Schulerrichtungsverordnung vom 23. Juli 2014 (GVBl S. 279)	406
	Druckfehlerberichtigung der Verordnung zur Änderung der Bayerischen Beihilfeverordnung vom 29. Juli 2014 (GVBl S. 352)	447
	Berichtigung der Vierten Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Ausführung der Sozialgesetze vom 22. April 2010 (GVBl S. 222)	475
	Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Fachschulordnung Agrarwirtschaft vom 12. August 2014 (GVBl S. 371)	475
	Berichtigung der Verordnung zur Änderung der Schulordnung für die staatlichen Landwirtschaftsschulen vom 19. September 2014 (GVBl S. 436)	486

